



Zeitung einer linken SchülerInnengruppe

Veranstaltung: Jugend und Wahlen

Wann: 21. September, 20 Uhr

Haben wir überhaupt eine Wahl?

Wo: BAIZ, Christinenstr. 1

22. September: Wahl zwischen Pest und Cholera

Am 22. September sind Bundestagswahlen, der Höhepunkt unserer Demokratie steht vor der Tür. Dabei stellt sich natürlich die Frage „wen wählen?“ Wir sagen: ungültig abstimmen. Das kommt daher, dass wir Demokratie zwar geil finden, aber in keiner leben.

Denn wir denken, dass unterschiedliche Lebensbedingungen unterschiedliche Menschen hervorbringen – denn die komplette Realität eines Menschen wird durch die ihn umgebene Gesellschaft und seine Stellung in ihr geprägt. Ein rei-

cher Mensch wird andere Interessen haben als jemand, der wenig besitzt. Ein/e ArbeiterIn möchte mehr Lohn haben, ein/e KapitalistIn weniger Lohn zahlen. Ein/e KapitalistIn wird kaum die Probleme eines/r Arbeiters/In nachvollziehen können, demR die Leiharbeit droht. DieseR wird andersrum nicht verstehen können, warum Geld für Bankenrettung ausgegeben wird, statt Arbeitsplätze zu sichern oder Geld in die Bildung seiner Kinder (uns!) zu investieren. Das ist, mit Abstufungen, der grundlegende Aufbau unserer Gesellschaft - zwei Klassen mit einander entgegengesetzten Interessen, die nicht vereinbar sind.

Wenn nun z.B. der Polizeiapparat nicht wäre, was würde dann die unterdrückte Klasse daran hindern, sich einfach den Besitz der KapitalistInnen zu holen? Das ist der Grund für die Existenz des Staates.

Unsere Demokratie dient dazu, diese Klassenherrschaft - die Diktatur einer reichen Minderheit, die Nutzung des Staates als Unterdrückungsinstrument - zu verschleiern. Sie erzeugt die Illusion von Mitbestimmung. Das Parlament unterliegt immer den Zwängen der Wirtschaft und eine Regierung, die nicht im Interesse der KapitalistInnen handelt, wird von diesen abgesetzt.

Darum werden die kommenden Wahlen keine wirkliche Veränderung bringen – denn um wirkliche Demokratie gewährleisten zu können bräuchte die ArbeiterInnenklasse die Kontrolle über die Wirtschaft; sie müsste also das Eigentum der KapitalistInnen, ihre

Maschinen, ihre Produktionsmittel, unter Verwaltung der ArbeiterInnen selber stellen.

Nachhaltige Verbesserungen kann es nur durch Kämpfe außerhalb des Parlamentes geben, da dieses ja gerade die Aufgabe hat, das Eigentum zu schützen.

Die breite Mehrheit der Bevölkerung, die ArbeiterInnenklasse (auch wenn sie sich selber nicht so nennt, mit anderen Worten, die Klasse der Lohnabhängigen) hat eine viel größere Macht, als jedes Parlament dieser Welt. Denn wenn sie konsequent streikt, liegt das ganze System lahm, sie hält als einzige Klasse den Hebel zum Umkrempeln der Gesellschaft in der Hand.

Aber könnte man dann nicht eine Partei wählen, die zumindest für kleine Veränderungen kämpft, das kleinere Übel wählen? Linkspartei? Auch DIE LINKE wird an den Lebensbedingungen nichts ändern können, so wie sie in zehn Jahren rot-rotem Senat zehntausende Sozialwohnungen privatisierte, nichts gegen den Anstieg der Mietpreise getan hat, keine Verbesserungen am Bildungs-

☛ **Fortsetzung auf Seite 2...**

Wir über uns

Wir sind eine linke SchülerInnengruppe, die an mehreren Schulen in Berlin das Flugblatt **RedBrain** rausgibt. Darin wollen wir eine antikapitalistische Antwort auf die Krise geben, genauso wie die konkreten Probleme unseres (Schul)Alltages beleuchten.

Für uns sind die Probleme der ArbeiterInnen, Studierenden und SchülerInnen in Chile, Mexiko, Bangladesch und Griechenland auch unsere Probleme, wir treten also für den Internationalismus ein, gegen jede Form von Rassismus und Nationalismus.

Wir stellen uns gegen die Krisenpolitik, die die Kosten der Krise auf die Schultern der ArbeiterInnen und Jugend abwälzen will. Wir sind für die Einheit von ArbeiterInnen und SchülerInnen, welche wir für entscheidend halten, um unsere Forderungen und die anderer kämpferischer Gruppen durchzusetzen.

Jeder ist gerne bei unseren offenen Treffen gesehen. Dort diskutieren wir neben Aktionen, Lesekreisen und dem Inhalt der Ausgabe auch allgemeine politische Themen.





☛ ... Fortsetzung von Seite 1

system durchsetzen konnte – weil „das Land Berlin nicht genug Geld hatte“. Es geht bei dieser Wahl nur um die Wahl zwischen Pest oder Cholera – welches Geschwür am Bein der ArbeiterInnenklasse ist uns lieber, DIE LINKE oder doch die SPD?

Wir müssen neben dem Parlament arbeiten, unabhängig von den KapitalistInnen unter Führung der ArbeiterInnenklasse eine Organisation aller Unterdrückten aufbauen, mit SchülerInnen und LehrerInnen, StudentInnen, Frauen, MigrantInnen und Flüchtlingen, die für ihre Interessen kämpfen.

Wir brauchen Organe der Selbstverwaltung, in denen die Menschen ihre Probleme in die eigene Hand nehmen, Organe, die letztendlich in einer Revolution die politische Macht übernehmen. – von Max

Termine unserer Gruppe

☛ unser offenes Treffen

jeden Dienstag, 17 Uhr, Lennongrad im JLG, Zehdenicker Str. 17

☛ Veranstaltung: Jugend und Wahlen

Ist die Linkspartei wählbar? Haben wir überhaupt eine Wahl? 21. September, 20 Uhr; Baiz, Torstr./Christinenstr.

40 Jahre Erinnerung und kein Vergessen

Für die meisten ist der 11. September Jahrestag des Anschlags auf das „World Trade Center“ in New York. Doch vor 40 Jahren fand an genau dem selben Tag ein anderes geschichtsprägendes Ereignis statt:

In Chile wurde die Regierung von Salvador Allende gestürzt. Dieser hatte in den drei Jahren davor versucht, sein Land von der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den USA zu befreien, da vor allem das wichtige Kupfer US-Konzernen gehörte. Dabei hatte er jedoch auf einen langsamen und friedlichen Weg gesetzt, selbst als schon die Sturmglocken für den Putsch läuteten. Die ArbeiterInnen hatten sich selbst organisiert und bewaffnet, doch die Allende-Regierung entwaffnete und hörte nicht auf sie. Stattdessen holte dieser den Chef der Armee, Augusto Pinochet, mit in die Ministerriegen. So kam es am 11. September 1973 zu einem Militärputsch, angeführt von eben jenem Augusto Pinochet und mit kräftiger Unterstützung der USA. In den darauffolgenden Jahren entführte, folterte und tötete die Militärdiktatur jeden, der Widerstand gegen sie leistete. Gewerkschaften wurden verboten und jeden unabhängige politische Organisation unterbunden. Gleichzeitig wurde eine riesige Welle von

Privatisierungen durchgeführt und eine Verfassung eingeführt, die bis heute gilt. Als es dann Anfang der 90'er-Jahre zum „Übergang in die Demokratie“ kam, rührte diese so wenig wie möglich an der Pinochet-Ordnung an. Die Verfassung blieb intakt, der Neoliberalismus wurde weitergeführt, selbst Pinochet blieb Zeit Lebens als Senator im Parlament!

Zu diesen Erben zählt auch das Bildungssystem, welches zu den teuersten weltweit gehört und ein riesiges Geschäft für die Konzerne ist. In den letzten Jahren gab es riesige Bewegungen, bei denen SchülerInnen und StudentInnen hunderte Oberschulen und Universitäten monatelang besetzten und selbst den Unterricht weiterführten. Die Auseinandersetzungen mit der Polizei im Kampf gegen das Erbe der Pinochet-Diktatur haben eine ganze Generation von kämpferischen Jugendlichen geprägt. Die Geschichte Chiles ist voller Lehren, die man gerade heute aufarbeiten muss, während Millionen von Jugendlichen und ArbeiterInnen auf der ganzen Welt nach Alternativen suchen. Deshalb veranstalten wir eine Reihe der Präsentation des Dokumentarfilmes aus den '70-ern, „Die Schlacht um Chile“. Wenn du Interesse hast, melde dich bei uns! – von Rob.

Refugees Welcome! Solidarität aufbauen!

Gerade jetzt, wo es ans Wählen geht, hört man von überall: „In Deutschland geht es allen gut“, „Wir leben in einem freiheitlichen Rechtsstaat“ und so weiter und so fort. Deshalb suchen viele Menschen, die in ihren Heimatländern Hunger, Krieg, politische Verfolgung und vieles anderes erleiden müssen den Weg in unsere „blühende Heimat“. Dort werden sie dann in vollkommen überlasteten Asylheimen eingepfercht, ständig von rassistischen Übergriffen wie zuletzt in Hellersdorf bedroht, bekommen Essensrationen, dürfen sich nicht außerhalb ihrer Gemeinde bewegen und erst recht nicht arbeiten. Deutschland ist das Land, was die Aufenthaltsgenehmigung am längsten rauszögert. Im letzten Jahr wurden nur 300 AsylbewerberInnen angenommen. Gleichzeitig suchen immer mehr Leute Schutz vor Lebensbedingungen, von Armut und Angst geprägt, an

denen der deutsche Imperialismus mit Schuld hat durch Interventionen in Afghanistan, den Balkan und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen anderer Länder durch deutsche Konzerne wie Thyssen Krupp und Co.. Das führt zu Umständen, unter denen sich ein iranischer Geflüchteter vor gut einem Jahr in einem Würzburger Asylheim umbrachte und eine bis heute bestehende landesweite Bewegung dieser Geflüchteten bzw. Refugees (oder auch Non-Citizens, also Nicht-StaatsbürgerInnen) in Gang brachte. Diese machen mit Protestmärschen auf sich aufmerksam und forderten somit die rassistischen deutschen Gesetze offen heraus. Auch in Berlin campen seit dieser Zeit Refugees am Oranienplatz, nachdem sie mit einem Hungerstreik auf sich aufmerksam machen konnten. In Bayern ist die Situation der Non-Citizens besonders prekär. Deshalb sahen sie sich zu einem

Hungerstreik ohne Wasser gezwungen – eine fast verzweifelte Aktion. Doch nachdem dieser von der Polizei mit harter Repression beendet wurde, machten sie weiter. Vor kurzem starteten sie einen erneuten Protestmarsch durch Bayern und kamen vor einigen Woche in München an. Dort besetzten sie die Gewerkschaftszentrale, da sie sich als der entrechtetste Teil der internationalen ArbeiterInnenklasse verstehen und die Gewerkschaften unter Druck setzen wollen, dass auch sie für die Forderungen der Non-Citizens kämpfen. Bis auf symbolische Solidarität kam von den Gewerkschaften bisher nichts.

Wir müssen deshalb den Non-Citizens dabei helfen und gegen die rassistischen Gesetze in Deutschland ankämpfen. Dies kann aber nur funktionieren, wenn sie nicht alleine bleiben, sondern eine möglichst breite Solidaritätsbewegung entsteht! – von Rob.